



Helga Schwitzer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Für uns alle:

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.

Kundgebung auf dem Opernplatz

Hannover, 7. September 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben genug:

Genug von der Krise in Europa.

Genug von Rettungsschirmen für die Banken, aber nicht für die Menschen.

Genug von prekärer Arbeit und schlechten Löhnen.

Genug von Rentenkürzungen und Altersarmut.

Genug von dem unverschämten Reichtum und der Macht des Geldes, die uns regiert.

Deshalb stehen wir hier und demonstrieren für einen Politikwechsel, für soziale Gerechtigkeit! Mit der Spaltung der Gesellschaft muss endlich Schluss sein,

Kolleginnen und Kollegen,

wer die Welt in Ordnung bringen will, muss zu Hause beginnen. Anders als in vielen anderen Ländern Europas läuft die Wirtschaft in Deutschland gut. Die Renditen sprudeln, Deutschland ist immer noch Spitze bei den Exporten.

Ich frage Euch:

Ist deshalb die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung erfolgreich und richtig?

Nein, wir wissen dass die Politik dieser Bundesregierung für die Mehrheit der Menschen keine Erfolgsstory ist. Weder in Deutschland, und schon gar nicht in Europa.

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist längst nicht alles Gold was glänzt.

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für Viele.

Heute heißt es aber für Viele: Arm trotz Arbeit! Armut im Alter!

Es ist doch eine Schande, dass Menschen in unserem Lande, in einem der reichsten Länder der Welt, nicht von ihren Löhnen leben können.

Das ist ein sozialstaatlicher Skandal, Kolleginnen und Kollegen.

Für uns ist klar:

Der Lohn muss zum Leben reichen, und zwar zu einem guten Leben!

Alles andere ist würdelos.

Gut, dass die niedersächsische Landesregierung bei den Werkverträgen die Reißleine zieht und damit dem Riesengeschäft mit Armutslöhnen und unmenschlichen Zuständen einen Riegel vorschiebt.

Wir wollen anständige Arbeitsbedingungen und keine Hungerlöhne.

Wir sagen: Die zwei toten rumänischen Kollegen auf der Meyer-Werft und die skandalösen Zustände mit dem Missbrauch von Werkverträgen zum Beispiel in der Fleischindustrie, auf dem Bau oder im Einzelhandel sind allenfalls die Spitze eines Eisbergs.

Da hilft es auch niemandem - außer vielleicht der Kanzlerin -, dass die Arbeitgeber nun kurz vor der Wahl scheinheilig Mindestlöhne für das Schlachtgewerbe anbieten. Und es hilft auch niemandem, dass Frau Merkel nebulös ihr Bedauern ausdrückt, wenn Werkverträge zum Lohndumping missbraucht werden. Zu dieser Einsicht hätte sie schon vor Jahren kommen müssen.

Und vor allem hätte sie schon lange **handeln** müssen und endlich einen gesetzlichen Mindestlohn zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen einführen müssen.

Aber so kennen wir sie. Und so haben wir sie auch im Fernsehduell erlebt: Sie macht Politik nach der Methode weglächeln und wegducken. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Und vor allem: nichts tun! Damit muss endlich Schluss sein, Kolleginnen und Kollegen!

Niedriglöhne führen auch zu Niedrigstrenten.

Der Ausblick auf ihren Ruhestand macht die Menschen unruhig.

Nicht einmal jeder Dritte kann sich vorstellen, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten.

42 Prozent, also fast jeder Zweite, fürchten, dass ihre Rente später nicht reicht.

Die Rente ist doch jetzt schon für viele zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Aber eins sage ich auch klar und deutlich, Kolleginnen und Kollegen: Es reicht nicht aus, wenn die Rente gerade mal vor Altersarmut schützt! Nein! Die Rente, und zwar die gesetzliche, muss im Alter zu einem guten Leben reichen. Die Rente muss unseren Lebensstandard sichern. Wir wollen das Leben genießen und nicht jeden Cent umdrehen müssen. Wir wollen mit guter Arbeit auch gut in Rente.

Es ist doch mit der Würde des Menschen unvereinbar, wenn nach 30 oder 40 Jahren Arbeit nur noch der Gang zum Sozialamt bleibt. Da muss umgesteuert werden, Kolleginnen und Kollegen.

Stattdessen verteilt Schwarz-Gelb Beruhigungspillen: Was wollt ihr denn? Rentner dürfen doch zukünftig mehr hinzuverdienen. Zweitjobs als Perspektive gegen Altersarmut?

Und vor allem sollen alle länger arbeiten und bis 67 in die Rentenkasse einzahlen. Einige selbsternannte Experten und Politiker toppen das noch: Rente mit 69 oder sogar 70 ist die Zukunft.

Wissen die eigentlich, was in der Arbeitswelt los ist? Nehmen sie die Realität wahr? Offenbar nicht.

Viele sind doch schon lange vor der Rente leer und ausgebrannt, die können einfach nicht mehr!

Ich kann den Politikern nur dringend empfehlen:

Stellt Euch doch mal wenigstens einen Tag an den Hochofen oder ans Montageband. Geht einmal in die Kfz-Werkstatt nicht als Kunde, sondern an die Hebebühne. Oder geht ins Krankenhaus oder ins Altenheim. Setzt Euch mal einen Tag bei Aldi, Lidl oder Netto an die Kasse! Die wenigsten würden diesen Tag ohne Rückenschmerzen überstehen. Die halten das keine Woche aus, geschweige denn ein ganzes Leben!

Die Veränderungen am Arbeitsplatz werden anscheinend ignoriert – es geht nicht nur um den Dachdecker, Frau von der Leyen. Termindruck, Stress, die Anspannung, flexible Arbeiten bis hin zu Arbeiten ohne Ende machen die Menschen fertig.

Deshalb scheiden die Menschen früher aus und nehmen sogar Riesen-Abschläge in Kauf! Die Rente mit 67 fördert Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Die Rente mit 67 war falsch, ist falsch und bleibt falsch. Die Rente mit 67 gehört in die Tonne.

Kolleginnen und Kollegen,

es gibt Alternativen und die Mehrheit der Menschen steht auf unserer Seite. Über eine halbe Million haben sich an der Beschäftigtenbefragung der IG Metall beteiligt.

Sie haben ein klares Votum abgegeben, was sich ändern muss.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen.

Die Menschen wollen eine andere Politik.

Flexible Ausstiegsoptionen statt Rente ab 67 – das ist unser Ziel.

Dazu gehört erstens eine neue Altersteilzeit.

Und zweitens die Möglichkeit, nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen zu können.

Kolleginnen und Kollegen,

die Rente ist auch in unseren Modellen finanzierbar. Und lassen wir uns nicht erzählen, das sei nicht bezahlbar.

Übrigens: Eine große Mehrheit der Bürger hält auch nichts von einer weiteren Senkung des Rentenbeitrags. Die Menschen wollen lieber eine sichere Rente, anstatt die Überschüsse für ein paar Zehntel-Prozentpunkte Beitragssatz zu verpulvern.

Wir brauchen und wollen ein Solidarsystem für alle.

Und das geht so:

Alle zahlen ein in die gesetzliche Rentenversicherung und alle erhalten Leistungen.

Das stabilisiert auf Jahrzehnte die Rentenkassen – und vor allem: es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität! Und das ist allemal besser als den Finanzmärkten auch noch unsere Alterssicherung auszuliefern.

Denn: Wir wollen ein Leben in Würde und ohne finanzielle Sorgen – auch im Alter!

Das können wir nur erreichen, wenn wir gemeinsam für einen Politikwechsel kämpfen!

Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen brauchen wieder Vertrauen in die Politik. Es muss gerecht zugehen in unserer Gesellschaft. Gerechtigkeit muss spürbar sein in allen Arbeits- und Lebensbereichen. Davon sind wir weit entfernt.

Da kommen doch einige hinter der Fichte vor und versuchen uns weiszumachen, Gerechtigkeit hätte nichts mit höheren Löhnen und Umverteilung zu tun.

„Gerechtigkeit statt Umverteilung“ wirbt denn auch die Partei der Besserverdienenden. An die Adresse der Gelben sage ich klar: Nein! Gerechtigkeit von oben nach unten ist unser Ziel.

Wir sagen: Gerechtigkeit ist mehr als Chancengleichheit!

Deshalb ist es wichtig, dass wir heute auch gemeinsam ein Zeichen für Umfairteilen setzen.

Es gehört zu unserem Grundverständnis von Gesellschaft, dass die Würde des Menschen Verfassungsrang hat. Sie zu achten und zu schützen ist das oberste Gebot aller staatlichen Gewalt. Im Grundgesetz steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Da steht nicht: „Alle Macht geht von den Banken aus.“

Aber in Deutschland ist einiges aus dem Lot geraten.

Das geht nicht allein auf das Konto der jetzigen Bundesregierung.

Zur Wahrheit gehört auch, dass diese Entwicklung schon von den Vorgängerregierungen eingeleitet wurde.

Wir erleben eine gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland wie nie zuvor. Wir erleben neue und alte, soziale und kulturelle Spaltungen, die wir zwischenzeitlich überwunden glaubten.

10 Jahre Hartz-Gesetze haben den Niedriglohnsektor ausgeweitet, prekäre Beschäftigung gefördert und diese Gesellschaft ärmer und unsicherer gemacht. Hartz IV ist Armut per Gesetz, Kolleginnen und Kollegen!

Knapp acht Millionen Bürgerinnen und Bürger sind Niedriglöhner. Viele verdienen sogar weniger als 7 Euro pro Stunde. Das reicht nicht zum Leben! Also muss der Staat die Löhne aufstocken, damit die Menschen ein Existenzminimum haben.

Und es ist doch ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen, statt für Schulen oder Kindergärten, statt für Bildung oder Betreuung zahlen wir Steuern, damit Unternehmen Menschen zu Billiglöhnen beschäftigen können. Wir sind nicht länger gewillt, die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch noch zu subventionieren.

Jahrelang wurden die Steuern für die Besserverdienenden gesenkt und die Vermögenssteuer abgeschafft, damit das angeblich „scheue Reh“ Kapital nicht ins Ausland flüchte.

Das scheue Reh hat Gesichter und Namen! Herr Hoeneß ist nur **ein** prominentes schlechtes Beispiel. Ich frage Euch, ist es überhaupt möglich mit seiner Hände Arbeit dieses Vermögen hier im Lande anzuhäufen? Dann aber auch noch so unverfroren zu sein, es noch nicht mal hier zu versteuern: Das ist kein Kavaliersdelikt – das ist Betrug. Und das hat in der Champions-League nichts, aber auch gar nichts zu suchen, Kolleginnen und Kollegen.

Das Thema Vermögensverteilung ist und bleibt in Deutschland ein Dauerbrenner. Anfang des Jahres hat die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht herausgegeben:

Das Ergebnis ist:

Das Vermögen der Superreichen hat sich noch einmal deutlich erhöht.

Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Der private Besitz in Deutschland hat sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt auf jetzt 10 Billionen Euro. Im selben Zeitraum schrumpfte das Vermögen des Staates um mehr als 800 Milliarden.

So funktioniert in diesem Land Umverteilung – und die Politik ist weder Willens noch in der Lage, die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich zu stoppen.

Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden! Die Finanzjongleure müssen wenigstens finanziell dafür gerade stehen, was sie durch ihre Zockerei an den Finanzmärkten anrichten. Das Spielcasino hat immer noch geöffnet! Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine ordentliche Anhebung der Erbschaftssteuer!

Geld ist in Deutschland genug vorhanden. Sorgen wir gemeinsam endlich dafür, dass es gerechter verteilt wird! Und zwar von oben nach unten.

Darum:

Wer sich für Vermögens- und höhere Spitzensteuern, wer sich für Vollzeitarbeitsplätze und Mindestlöhne einsetzt, wer sich gegen das Absenken des Rentenniveaus einsetzt – Kolleginnen und Kollegen, der ist kein Sozialromantiker! Sondern ein zu Recht besorgter Bürger, der sich für das Wohl dieses Landes einsetzt!

Das sind **wir**. Wir setzen uns dafür ein.

Denn so steht es schon im Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Allgemeinwohl dienen.“ Von Banken und Finanzjongleuren steht nichts im Grundgesetz.

Kolleginnen und Kollegen.

wie ein Tsunami hat die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Schneise der Verwüstung in den Ländern des Südens hinterlassen.

Die Banken- und Euro-Rettungspolitik hat nicht die Menschen gerettet, ganz im Gegenteil: Der Staat rettete nicht nur die Banken vor dem Untergang, er rettete auch privaten Reichtum. Durch die milliardenschweren Hilfen und staatlichen Garantien wurden die Vermögensbesitzer vor großen Verlusten geschützt.

Gleichzeitig verarmte der Staat.

Die Staatsschulden in Deutschland stiegen seit 2008 um 400 Milliarden Euro, das Privatvermögen wuchs um 1,4 Billionen Euro.

Wer je einen Beleg dafür suchte, wie Geld die Welt regiert, wie Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden: da ist er!

In diesem System sind die Banken systemrelevant, nicht die Menschen!

Das wird auch bei dem jetzt angekündigten dritten „Hilfspaket“ für Griechenland die Richtschnur sein.

Nur dass diesmal die Banken auf gar nichts mehr verzichten sollen – einen weiteren Schuldenschnitt lehnt die Bundesregierung ab.

Wer sich die Folgen der Sparprogramme bei der Bevölkerung der Krisenländer anschaut, der erinnert sich an einen medizinischen Kalauer, der dort bittere Realität wird: Operation gelungen, Patient tot.

Und wer ist das Markenzeichen für diese Kaputtspar-Politik?

An wen denken die Menschen in Griechenland und Spanien zuerst, wenn sie die Hilfsprogramme der Troika exekutieren müssen?

An Frau Merkel.

Und sie haben nicht immer gute Gedanken dabei.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist höchste Zeit, dass Politik der Wirtschaft Ziele vorgibt und Regeln setzt – und nicht umgekehrt. Regierung kommt von Regieren, Frau Merkel, und nicht von Rumlavieren! Die Menschen wollen keine Diktatur der Finanzmärkte, sondern eine Politik für die Menschen.

Denn wenn immer mehr Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren und nicht zur Wahl gehen, dann ist es nicht gut um unsere Demokratie bestellt. Dann verkommt unsere Demokratie zur Fassadendemokratie.

Ende des vergangenen Jahres hat eine Allensbach-Studie gezeigt, dass dieser Vertrauensverlust nicht nur die Politik betrifft. Mehr als die Hälfte der unter 30-Jährigen aus den sozial benachteiligten Schichten glaubt nicht mehr an die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs. Sie fürchten, dass ihre Zukunft – wie die von Papa und Mama – „Hartz IV“ ist. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die Menschen brauchen Perspektiven und dafür kämpfen wir.

Mit wachsender sozialer Spaltung und Perspektivlosigkeit gerade junger Menschen wächst auch die rechtsradikale Gefahr. Menschen, die sozial ausgegrenzt sind, grenzen andere aus: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz – dagegen müssen wir gemeinsam was tun.

Keine Nazis in die Parlamente, das ist die Botschaft auch bei dieser Wahl.

Und die NPD gehört verboten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen, dass die Würde der Beschäftigten respektiert und ihre Leistung anerkannt wird. Wir wollen, dass es in der Arbeitswelt gerecht zugeht, und dass es nicht Beschäftigte erster und zweiter oder sogar dritter Klasse gibt. Wir wollen eine neue soziale Ordnung des Arbeitsmarkts. Wir wollen die Verwirklichung einer freien, gerechten und sozialen Gesellschaft.

Dafür kämpfen wir.

Gemeinsam haben wir dafür eine mächtige Stimme. Wir sind viele. Wir sind die Mehrheit.

Anders die Unternehmer, die genau wissen, wer und was sich für sie bezahlt macht. Völlig ungeniert haben die Parteien des großen Geldes – CDU, CSU und FDP – auch in diesem Jahr wieder großes Geld angenommen. Mit den Parteispenden machen Unternehmen wie z.B. BMW und Daimler, aber auch die Verbände der Metall- und Elektroindustrie oder der chemischen Industrie seit Jahrzehnten Politik. Von den amtlich ausgewiesenen Großspenden der vergangenen Legislaturperiode hat Schwarz-Gelb mal wieder den Löwenanteil von rund 10 der insgesamt 15 Millionen Euro für sich verbucht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und politische Einflussnahme oder gar Bestechlichkeit vermutet!

Ich sage nur: Steuerermäßigung für Hoteliers!

Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns mehr Demokratie wagen auch und gerade in der Wirtschaft.

Wir haben die Aufgabe, Menschen zu begeistern, wieder für sich Politik zu machen!

Dafür brauchen wir Selbstbewusstsein, Optimismus und einen langen Atem.

Wir wollen eine humane Gesellschaft. In der nicht die Ökonomie der Maßlosigkeit und Maßlosen, in der nicht die unersättliche Gier nach größtmöglicher Rendite bestimmt.

Wir wollen vor allem eine Gesellschaft, in der der Mensch und die Würde des Menschen im Mittelpunkt stehen.

Der Bundesregierung schreibe ich den Satz von Abraham Lincoln ins Stammbuch:

„Man kann ein ganzes Volk eine Zeit lang hereinlegen. Man kann Teile eines Volkes andauernd hereinlegen. Aber das ganze Volk ununterbrochen hereinlegen, das kann man nicht.“

Frau Merkel, Ihre Rechnung geht nicht auf. Denn wir sind dieses Volk.

Wir wollen einen Politikwechsel.

Dafür gehen wir wählen. Denn wer nicht wählt, wird auch regiert!

Und damit ein Politikwechsel möglich wird, dürfen wir unsere Stimme nicht einfach am Wahltag abgeben.

Sondern wir müssen unsere Stimme auch danach, wie heute, laut und deutlich erheben!

Denn wir wissen, was am 22. September zur Wahl steht: **Für uns alle!**

Für gute Arbeit, sichere Rente, ein soziales Europa und einen aktiven Staat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.